



HESSISCHER LANDTAG

17. 09. 2024

Plenum

Entschließungsantrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion der SPD**

Einsatz verdient Respekt – dafür setzen wir uns für die Blaulichtfamilie ein

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag ist sich der unschätzbaren Bedeutung der Arbeit der Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten für das Gemeinwesen und die Innere Sicherheit bewusst. Die Männer und Frauen der Blaulichtfamilie gewährleisten 365 Tage im Jahr, rund um die Uhr, dass Bürgerinnen und Bürgern geholfen wird und sie sicher leben können. Der Landtag hat den größten Respekt vor der unschätzbaren Arbeit der Frauen und Männer der Blaulichtfamilie und bedankt sich ausdrücklich bei allen Frauen und Männern, die sich beruflich oder ehrenamtlich in ihrer Freizeit für das Gemeinwohl einbringen.
2. Der Landtag steht uneingeschränkt an der Seite der Polizistinnen und Polizisten, Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmännern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Rettungsdienste sowie ihren Familien und wird alle ihm zur Verfügung stehenden rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen sowie Haushaltsmittel priorisiert zur Verfügung stellen, damit Einsatzkräfte für ihre herausfordernde Arbeit über bestmögliche Rahmenbedingungen verfügen. Der Landtag wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass der Dienst der Frauen und Männer der Blaulichtfamilie die Wertschätzung und den Respekt erfährt, der seinem Beitrag für das Gemeinwohl und die Innere Sicherheit entspricht.
3. Der Landtag stellt fest, dass die Zahl der Straftaten gegen Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten und damit auch die Zahl gewalttätiger Übergriffe auf diese seit Jahren im Trend zugenommen hat. Im vergangenen Jahr gab es einen traurigen Höchstwert. Insgesamt wurden im Jahr 2023 5.251 Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten Opfer einer Straftat, überwiegend einer Gewalttat oder eines Rohheitsdelikts. Verglichen zum Jahr 2019 ist dies ein Anstieg um mehr als 24 Prozent. Grundsätzlich ist festzustellen, dass der Respekt gegenüber Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten in den vergangenen Jahren abgenommen hat. Die strukturierte Erfassung von Übergriffen auf Einsatzkräfte spiegelt dies wider und leistet zugleich einen Beitrag dazu, dieser Entwicklung zielgerichtet durch Prävention und konsequente Strafverfolgung entgegenzusteuern.
4. Der Landtag verurteilt jegliche Form von Angriffen auf die Angehörigen der Blaulichtfamilie auf das Schärfste und erachtet diese als völlig inakzeptabel. Wer Einsatzkräfte angreift, stellt sich gegen die Grundlagen des friedlichen Miteinanders und den Rechtsstaat. Täter, die solche Straftaten begehen, müssen konsequent verfolgt und unter Ausschöpfung des rechtlich Möglichen bestraft werden. Positiv erkennt der Landtag an, dass alle hessischen Staatsanwaltschaften und die Anwaltschaft Frankfurt Sonderdezernate zur Verfolgung von Straftaten gegen Amtsträger und Einsatzkräfte eingerichtet haben; ein „Null-Toleranz-Erlass“ sorgt für eine konsequente Verfolgung.
5. Der Landtag begrüßt, dass das Innenministerium einen Runden Tisch „Gewalt gegen Einsatzkräfte“ mit Vertreterinnen und Vertretern von Verbänden und Gewerkschaften ins Leben gerufen hat. Der Landtag stellt sich hinter die Gemeinsame Erklärung „Keine Gewalt gegen Einsatzkräfte“ vom 27. Juni 2024, in der sich die Beteiligten unter anderem zum Eintreten für Respekt und Akzeptanz für Einsatzkräfte und eine klare Haltung gegen Angriffe auf Einsatzkräfte bekennen. Gleichzeitig unterstreicht der Landtag, dass es auch eines gesellschaftlichen Impulses bedarf, um der zunehmenden Gewalt gegen Einsatzkräfte zu begegnen. Hierzu möchte der Landtag beitragen und sich in diesem Sinne in gesellschaftliche Debatten einbringen.

6. Der Landtag heißt das Engagement der Landesregierung, die Arbeit der Einsatzkräfte in der Gesellschaft sichtbarer zu machen, sie bei der Aufgabenerledigung bestmöglich zu unterstützen und sie besser vor Übergriffen zu schützen, gut. In diesem Zusammenhang unterstützt er insbesondere das neue „Respekt-Paket für Sicherheits- und Rettungskräfte“, das unter Federführung des Innenministeriums erarbeitet wurde. Es beinhaltet vielfältige Maßnahmen, die zu mehr Anerkennung, Respekt und Wertschätzung sowie einem besseren Schutz der Frauen und Männer der Blaulichtfamilie beitragen werden.
7. Der Landtag begrüßt die geplante Erhöhung der Polizeizulage und der Feuerwehrezulage um rund 22 Prozent auf 160 Euro zum 1. Januar 2025, um den Einsatz der Polizistinnen und Polizisten sowie Feuerwehrbeamtinnen und Feuerwehrbeamten einmal mehr zu würdigen. Ebenso sieht das Respekt-Paket zum besseren strafrechtlichen Schutz von Einsatzkräften eine Bundesratsinitiative vor, mit der zum Beispiel das Mindeststrafmaß bei tätlichen Angriffen auf Einsatzkräfte von den bisher geltenden drei auf mindestens sechs Monate erhöht werden soll. Die Ziele der Bundesratsinitiative unterstützt der Landtag uneingeschränkt. Die weitere personelle Stärkung der hessischen Polizei mit 50 zusätzlichen Stellen im Nachtragshaushalt 2024 sind aus Sicht des Landtags ein deutliches Bekenntnis zur Inneren Sicherheit. Die Ausweitung der Angriffsschädigung auf Verletzungen, die aus einem „Gerangel“ resultieren, unterstreicht die Fürsorge für die Einsatzkräfte. Der Landtag befürwortet ausdrücklich das Ziel, die geleistete Arbeit und das Engagement der Einsatzkräfte mit einer Social-Media-Kampagne sichtbarer zu machen. Der Hessische Landtag erkennt positiv an, dass das Respekt-Paket mit Dialogformaten mit verschiedenen Zielgruppen auch den Bereich Prävention berücksichtigt, um gegenseitiges Verständnis und Respekt zu fördern.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 17. September 2024

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Tobias Eckert